

«Im Steuerwettbewerb müssen alle vernünftig bleiben»

Der Zürcher Finanzdirektor Ernst Stocker (svp.) warnt vor Übertreibungen, sonst werde das heutige System irgendwann ein Ende haben

Herr Stocker, wenn Sie eine Gruppe Chinesen durch den Kanton Zürich führen könnten: Was würden Sie zeigen?

Als Erstes würde ich mit ihnen an den Zürichsee oder die Limmat gehen und daraus einen Schluck Wasser trinken, um zu beweisen, wie sauber unsere Gewässer sind. Danach würden wir auf den Üetliberg fahren, wo ich bei schönem Wetter das Vrenelisgärtli zeigen könnte.

Und danach?

Selbstverständlich würde ich auch ins Hochschulgebiet gehen und irgendwann den starken Schweizerfranken zur Sprache bringen – als Zeichen wirtschaftlicher Stärke, aber auch als Herausforderung für eine exportorientierte Wirtschaft. Zum Abschluss würde ich eine Metzgerei auf dem Land besuchen. Aufgrund meiner China-Reisen glaube ich, dass sie das lieber hätten als Rindsfilet.

Warum gerade dieses Programm?

Aus meinen Kontakten mit Chinesen weiss ich, dass es für sie am eindrücklichsten ist, wenn man in einem äusserst

Kantonale Wahlen

vom 24. März 2019

dicht besiedelten Gebiet sowohl wirtschaftlichen Erfolg als auch sauberes Wasser und saubere Luft haben kann. Das ist nicht gratis, aber wir haben es.

Auch dank einem Staatswesen, dessen Haushalt Sie verwalten. Welches ist die höchste Geldsumme, die Sie zur Zahlung freigeben?

Für den Nationalen Finanzausgleich kommt halbjährlich ein Einzahlungsschein für rund 220 Millionen Franken. Diesen muss ich unterschreiben. Das erste Mal war die Hemmschwelle hoch, danach gewöhnt man sich daran.

Warum hatten Sie Hemmungen?

Die Summe ist ja schon sehr gross. Aber in dieser Höhe bewegen sich eben die Finanzströme, die hin und her gehen. Wenn wir mit den anderen Finanzdirektoren zusammensitzen, sticheln wir manchmal ein bisschen: Jetzt habe ich eben wieder 220 Millionen für dich unterschrieben.

Und dann fahren Sie fort: Nun fliesst das Geld in irgendein Seitental?

Bevor ich darauf antworte, muss ich vorausschicken: Ich stehe voll und ganz hinter dem Nationalen Finanzausgleich, den wir seit zehn Jahren haben. Er ist nicht wegzudenken, da es um den föderalen Zusammenhalt des Landes und der Kantone geht. Wir haben aber in Wirkungsberichten festgestellt, dass die Dotation immer gestiegen ist, was für uns Geber unbefriedigend war. Wir haben in einer Arbeitsgruppe während dreier Jahre einen Vorschlag ausgearbeitet, dem jetzt 22 Kantone zustimmen. Der Bundesrat und der Ständerat sind ebenfalls dafür. Wenn auch der Nationalrat noch zustimmt, wird die Steigerung abnehmen.

Aber müssen Sie nicht lächeln, wenn Sie auf brandneuen Strassen durch die Alpen fahren?

Nicht alles Geld kommt aus dem Finanzausgleich, ein Teil stammt auch aus anderen Töpfen. Aber selbstverständlich frage ich mich manchmal, ob am richtigen Ort investiert wird. Wenn ich nach Davos fahre, wird jedes Dorf umfahren. Wenn Küsnacht, die reichste Zürcher Gemeinde, die Seestrasse tiefer legen möchte, schauen einen alle mit grossen Augen an.

Sind die finanziellen Lasten fair verteilt?

Wenn die Reform des Finanzausgleichs durchkommt, haben wir einen grossen Schritt gemacht. Die Frage, die sich stellen könnte, ist diejenige der Steuerautonomie. Die Kantone wollen sich diese



Ernst Stocker ist es wichtig, dass das Steuergesetz für alle gleich angewendet wird. G. BASIC / NZZ

richtigerweise nicht nehmen lassen. Aber manchmal ist es schon schwierig nachzuvollziehen, dass Kantone Geld aus dem Finanzausgleich erhalten und tiefere Unternehmenssteuern anbieten können als derjenige Kanton, der zahlen muss. Das ist irgendwie nicht logisch.

Wie würden Sie dies Chinesen erklären? Gar nicht, sie würden das System wohl nicht verstehen. Schon unsere Nachbarn in Europa haben ja Mühe damit. Ich habe neulich an einem Treffen mit Wirtschaftsleuten aus Österreich darüber gesprochen. Ein Mitglied der Wirtschaftskammer Salzburg sagte mir, sie möchten nie, dass die Steuern vom Landeshauptmann oder von der Landeshauptfrau festgelegt würden. Könnten Vorarlberg oder Tirol selber entscheiden, würden die Steuern steigen, so die Angst.

Und was haben Sie erwidert?

Ich habe gesagt, dass doch über die Steuern dort entschieden werden sollte, wo sie bezogen und auch wieder ausgegeben

werden, damit die Leute sehen, was mit ihrem Geld geschieht. Und dass das doch wäre wie im Tourismus: Jede Region würde versuchen, dem Gast ein besseres Angebot zu machen, damit er zu ihnen komme. Der Mann konnte das nicht nachvollziehen.

Sie sagen selber, das System habe «unlogische» Folgen. Muss der Steuerwettbewerb eingeschränkt werden?

Grundsätzlich glaube ich, dass der Wettbewerb dazu führt, dass staatliche Leistungen möglichst effizient erbracht werden. Aber man muss aufpassen, dass man nicht zu extrem wird. Im Steuerwettbewerb müssen alle vernünftig bleiben, sonst wird das Ganze irgendwann ein Ende haben.

Wo steht Zürich in diesem Wettbewerb?

Als Zürcher ist man immer ein bisschen geprägt vom Umfeld. Neben Zug und Schwyz zu bestehen, ist anspruchsvoll. Im schweizerischen Vergleich sind wir aber bei den natürlichen Personen gut

unterwegs. Dies gilt für einen breiten Teil der Einkommen von 80 000 bis 200 000 Franken. Da müssen wir uns nicht verstecken, sondern sind sehr konkurrenzfähig. Ich glaube auch, dass für einen Grossteil der Leute die Steuern nicht das Hauptpolitikum sind, wenn es um das Einkommen geht. Mieten und Gesundheitskosten beschäftigen sie eher.

Aber bei den allerersten Einkommen, wo die Wohnkosten und Prämien keine grosse Rolle spielen, liegt Zürich hinten. Das stimmt, und es gibt ja verschiedene Vorstösse hierzu. Ich glaube einfach, dass wir im Moment zuerst bei den Unternehmenssteuern einen Schritt weiterkommen müssen. Und ein bisschen werden wir bei diesen Einkommen vielleicht korrigieren, aber nie mit Zug oder Schwyz konkurrieren können. Derzeit möchten wir diesen Steuerzahlern einfach das Signal geben: Es wird nicht noch mehr, und ihr bekommt bei uns dafür auch hervorragende Dienstleistungen.

Die angepeilte Steuerfussenkung hat auch diesen Zweck?

Ja, wobei ich betonen muss, dass das Parlament das letzte Wort dazu hat, wohin die 130 Millionen Franken fliessen sollen – falls im nächsten Dezember überhaupt noch der Spielraum besteht, über diese Summe zu entscheiden. Politisch wird es ohnehin nicht einfach. In meinen Augen sollte man aber offen sein für Ideen, wie zum Beispiel Basel-Stadt sie kennt. Dort werden die Steuern im obersten Segment so begrenzt, dass kein Vermögensverzehr aufgrund der Vermögenssteuern entsteht. Solche Regelungen sollten wir prüfen – und bei all diesen Fragen natürlich immer auch die Auswirkungen auf das Steuersubstrat ausweisen.

So wie bei der Steuervorlage 17. Halten Sie diese Reform jetzt eigentlich für besser als die alte? Bei der Unternehmenssteuerreform III hatten Sie gesagt, diese könne wohl kaum optimiert werden.

Sie ist auf Bundesebene zurechtgestutzt worden. Es wurden die Abzugsmöglichkeiten eingeengt. Die Kinderzulagen wurden heraus- und die AHV-Gelder hineingenommen. Das war der Kompromiss in Bern.

Und in Zürich?

Die Vorlage ist ausgewogener, weil wir jetzt sehr viel Geld an die Gemeinden weitergeben, um sie bei den Ergänzungsleistungen zu entlasten. Dies hatte zur Folge, dass Städte, Gemeinden und Kanton in Bern mit einer Stimme sprachen. Sonst wäre der Eigenfinanzierungsabzug, der für uns sehr wichtig ist, nicht in die Reform aufgenommen worden.

Sie haben bei diesem Thema in den vergangenen Monaten alles erreicht, was Sie sich vorgenommen hatten. Nur ihre eigene Partei haben Sie nicht überzeugt. Die SVP-Fraktion in Bern sagte Nein. Das stimmt.

Hat Sie das geärgert?

Selbstverständlich hätte ich es lieber anders gehabt. Aber ich muss akzeptieren, dass die Fraktion aus staatspolitischen Gründen eine andere Haltung eingenommen hat. Zudem muss man sehen: Ein Nationalrat aus Zug ist in einer anderen Ausgangslage als einer aus Zürich.

Aber ein schöner Teil der SVP-Fraktion stammt ja aus Zürich.

Das ist so, aber ändern kann ich es auch nicht. Meine Meinung ist bekannt, und ich werde daran festhalten.

Was geschieht, wenn auch diese Reform scheitert?

Der Bund wird die Sonderbesteuerung in jedem Fall aufheben. Man vergisst ja häufig, dass die Firmen sie selber nicht mehr wollen. Wenn sie international tätig sind, müssen sie wegen der Privilegien

mancherorts Nachsteuern in Kauf nehmen oder eine besondere Rechnungslegung vorweisen. Ohne Reform hätten wir im Kanton Zürich aber sehr schlechte Karten, weil wir die Gewinnsteuern nur wenig senken können.

Aber wäre es so schlimm, wenn die eine oder andere Firma nach Zug oder Schwyz zöge? Die Mitarbeiter blieben ja vielleicht in Zürich und würden weiter hier besteuert.

Wir nehmen pro Jahr 1,6 Milliarden Franken an Unternehmenssteuern ein. Wenn ein paar Firmen wegbrechen, die 50 Millionen Franken zahlen, tut das schon weh. Die Steuern sind nicht der einzige Standortfaktor. Aber ich möchte nichts unversucht lassen, damit wir uns behaupten können.

«Fahre ich nach Davos, wird jedes Dorf umfahren. Wenn Küsnacht, die reichste Zürcher Gemeinde, die Seestrasse tiefer legen möchte, schauen einen alle mit grossen Augen an.»

Zu den Standortfaktoren gehört auch, wie das Steueramt seine Arbeit macht. Wenn man sich umhört, vernimmt man sehr viel Lob. Es heisst aber auch, dass die Schraube angezogen wurde bei Fragen, wo Ermessensspielraum besteht.

Für mich gilt: Das Steuergesetz muss für alle gleich angewendet werden. Ich höre diese Klage manchmal auch. Aber wir haben 950 000 Steuerpflichtige im Kanton, und jeder könnte sich bei mir beschweren. Ich bekomme aber im Monat – es schwankt nach Jahreszeit – vielleicht zehn Briefe, also sehr wenig. Ich glaube, das zeigt, dass das Steueramt einen guten Job macht.

Aber wenn eine Küchenabdeckung aus Holz durch eine aus Granit ersetzt wird und das Steueramt den Ersatz als Wertsteigerung aufrechnet: Sollte dies nicht zu denken geben?

Das ist wahrscheinlich eine Wertsteigerung, aber ich kann den Einzelfall nicht beurteilen.

Sehen Sie Handlungsbedarf beim Steueramt?

Ich habe keine Anzeichen dafür, dass man explizit genauer hinschaut und mehr schröpft. Steuereinschätzungen sind eine Massenarbeit mit gesetzlichen Vorgaben, die für alle gleich gelten müssen. Wir haben seit einigen Jahren 712 Vollzeitstellen. Die Mitarbeitenden des Steueramtes schauen gut hin, und bei der Unterstützung durch die IT optimieren wir laufend. Ich will, dass die Bürgerinnen und Bürger den Eindruck bekommen, der Staat wende das Gesetz verhältnismässig an. Aber ich kann nicht dafür sorgen, dass jeder zufrieden ist.

Sie sind seit vier Jahren Finanzdirektor. Wenn Sie wiedergewählt werden: Welche Ziele haben Sie sich gesteckt?

Der Regierungsrat war zu Beginn der Amtsperiode finanzpolitisch in einer schwierigen Lage. Wir haben den Haushalt wieder in Ordnung gebracht, auch dank den guten Steuererträgen. Ich hoffe, dass wir unsere Politik fortführen können: eine moderate Steuerbelastung, mit der wir alle gesetzlichen Vorgaben erfüllen können – sei es bei der Gesundheit, der Bildung, der Sicherheit oder bei den Investitionen.

Interview: Reto Flury

Ein geerdeter Vermittler

flu. · Es war ein ungewöhnlicher Schritt: Nach den Wahlen im Jahr 2015 wechselte der SVP-Regierungsrat über die Strasse, er verliess die Volkswirtschafts- und übernahm die Finanzdirektion. Diese war verwaist, nachdem die Freisinnige Ursula Gut zurückgetreten war.

Kaum hatte er das neue Amt angetreten, musste Stocker aufgrund düsterer finanzpolitischer Aussichten ein grosses Sanierungsprogramm ankündigen, die sogenannte Leistungsüberprüfung 16. Sein Talent als Vermittler kam nach der Ablehnung der Unternehmenssteuerreform III zum Zug, als er mit den Städten und Gemeinden einen Kompromiss schmiedete, wie Zürich die neue Vorlage umsetzen will. Auch dank dieser Einigung erreichte Stocker, dass in Bern der Eigenfinanzierungsabzug in die Steuervorlage 17 aufgenommen wurde – mit einer Klausel, die auf Zürich zugeschnitten ist.

Der 63-jährige Stocker ist vor bald neun Jahren als Nachfolger von Rita Fuhrer in den Regierungsrat gewählt worden. Zuvor war er Stadtrat von Wädenswil und ab 2006 Stadtpräsident gewesen. 1987 wurde Stocker in den Kantonsrat gewählt, den er 2003/04 präsidierte. Der diplomierte Meisterlandwirt ist verheiratet, zweifacher Vater und seit 2012 Grossvater.